

Antrag auf Zulassung zur Ausübung einer Beschäftigung	Eingangsstempel:
--	-------------------------

Antragsteller / Antragstellerin			
Familienname, ggf. Geburtsname, Vorname(n):			
Geburtsdatum:	Geburtsort:	Geburtsstaat:	<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich
Staatsangehörigkeit(en):		ggf. frühere Staatsangehörigkeiten:	
Familienstand: <input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> Lebenspartnerschaft <input type="checkbox"/> getrennt lebend <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> verwitwet			seit (Datum):
<input type="checkbox"/> eigenes Ausweispapier (Pass / Reisedokument) <input type="checkbox"/> eingetragen bei <input type="checkbox"/> Mutter <input type="checkbox"/> Vater	genaue Bezeichnung:		ausstellender Staat:
	Seriennummer:	Ausstellungsdatum:	Gültigkeitsdauer:
Kontaktdaten: Telefon-/Mobilfunknummer: _____ Email-Adresse: _____			

Gegenwärtige Anschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort)

Aufenthaltsstatus
<input type="checkbox"/> Aufenthaltserlaubnis nach § _____, gültig bis: _____ <input type="checkbox"/> Aufenthaltsgestattung, gültig bis: _____ <input type="checkbox"/> Duldung, gültig bis: _____ <input type="checkbox"/> Fiktionsbescheinigung, gültig bis: _____

Hinweise zur Datenerhebung: Die mit der Ausführung des Aufenthaltsgesetzes betrauten Behörden dürfen zum Zwecke der Ausführung dieses Gesetzes und ausländerrechtlicher Bestimmungen in anderen Gesetzen personenbezogene Daten erheben, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach dem Aufenthaltsgesetz und nach ausländerrechtlichen Bestimmungen in anderen Gesetzen erforderlich ist. Daten im Sinne von § 3 Abs. 9 Bundesdatenschutzgesetz sowie entsprechender Vorschriften der Datenschutzgesetze der Länder dürfen erhoben werden, soweit dies im Einzelfall zur Aufgabenerfüllung erforderlich ist (§ 86 Aufenthaltsgesetz).

Ort, Datum	Unterschrift

Stellenbeschreibung zum Antrag auf Zulassung zur Ausübung einer Beschäftigung

von Frau/Herrn: _____

Berufsbezeichnung:

- ☐ Die Beschäftigung findet im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung an Dritte (Zeitarbeit/Leiharbeit) gem. Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) statt.
- ☐ Eine Arbeitnehmerüberlassung an Dritte erfolgt nicht.

Stellenbeschreibung:*Erläuterung zur Fachrichtung, Funktionsbereich, Branchen, Produkte; bitte ggf. auf gesondertem Blatt fortsetzen*

erforderliche Kenntnisse, Fertigkeiten, Erfahrungen:

Führerschein erforderlich:

☐ ja, Klasse _____ ☐ nein**Qualifikation:**

- ☐ ohne Ausbildung ☐ Ausbildung als/zum/zur: _____ ☐ Fachschule
- ☐ Hoch-/ Fachhochschule ☐ Sonstige: _____

Arbeitszeit:

- ☐ Vollzeit _____ Std./Woche
- ☐ Teilzeit _____ Std./Woche
- ☐ geringfügige Beschäftigung mit einer monatlichen Höchststundenzahl von _____ Stunden

Bei Teilzeit und geringfügiger Beschäftigung die einzelnen Tagesarbeitszeiten angeben:

Montag von _____ bis _____

Dienstag von _____ bis _____

Mittwoch von _____ bis _____

Donnerstag von _____ bis _____

Freitag von _____ bis _____

Samstag von _____ bis _____

Sonntag von _____ bis _____

Arbeitsort:**Dauer der Beschäftigung:**

- ☐ unbefristet ☐ befristet bis: _____

Stelle zu besetzen:

- ☐ ab sofort ☐ ab: _____

Lohn/Gehalt lt. Arbeitsvertrag:

- ☐ stündlich in Höhe von _____ EUR brutto ☐ monatlich in Höhe von _____ EUR brutto
- ☐ zusätzliche geldwerte Zuwendungen in Höhe von _____ EUR brutto

Angaben zum Arbeitgeber:*Inhaber, Anschrift, Telefon- und Faxnummer, E-Mail Adresse*

Es wird bestätigt, dass der Arbeitnehmer entsprechend der oben gemachten Angaben beschäftigt werden soll. Es ist bekannt, dass der Arbeitgeber, bei dem ein Ausländer beschäftigt werden soll, der dafür eine Zustimmung benötigt, der Bundesagentur für Arbeit Auskunft über Arbeitsentgelt, Arbeitszeiten und sonstige Arbeitsbedingungen zu erteilen hat (§ 39 Abs. 2 Satz 3 Aufenthaltsgesetz).

Ort, Datum

Firmenstempel und Unterschrift des Arbeitgebers

Wichtige Informationen für den Arbeitgeber

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie beabsichtigen einen ausländischen Arbeitnehmer zu beschäftigen.

Entsprechend § 39 Abs. 1 AufenthG (Aufenthaltsgesetz) dürfen Ausländer eine Beschäftigung nur mit Zustimmung der Agentur für Arbeit ausüben und von Arbeitgebern nur beschäftigt werden, wenn eine solche Zustimmung gegenüber der zuständigen Ausländerbehörde erteilt worden ist.

Nach § 39 Abs. 2 Nr. 1b AufenthG kann der Beschäftigung u.a. nur zugestimmt werden, wenn für die Beschäftigung bevorrechtigte Arbeitnehmer nicht zur Verfügung stehen und der Ausländer nicht zu ungünstigeren Arbeitsbedingungen als vergleichbare deutsche Arbeitnehmer beschäftigt werden soll.

Bevorrechtigte Arbeitnehmer sind:

- Deutsche
- Staatsangehörige eines Mitgliedstaates der Europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) sowie Angehörige der zum 01.05.2004 zur Europäischen Union beigetretenen Staaten (außer Malta und Zypern); nur im Rahmen der Gemeinschaftspräferenz
- Schweizer Bürger nach dem „ Freizügigkeitsabkommen EU – Schweiz „
- Ausländische Arbeitnehmer mit einer Arbeitsberechtigung
- Ausländer mit einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis oder Aufenthaltsberechtigung (nach altem Recht)
- Ausländer mit Niederlassungserlaubnis nach § 19 AufenthG
- Ausländer mit einer Aufenthaltserlaubnis (neu), die eine Arbeitsaufnahme bereits zulässt

Gemäß § 39 Abs. 2 Satz 3 AufenthG hat der Arbeitgeber, bei dem ein Ausländer beschäftigt werden soll, der dafür eine Zustimmung benötigt, der Bundesagentur für Arbeit Auskunft über Arbeitsentgelt, Arbeitszeiten und sonstige Arbeitsbedingungen zu erteilen.

Darüber hinaus ist bei beabsichtigter Beschäftigung von zustimmungspflichtigen ausländischen Arbeitnehmern vom Arbeitgeber nachzuweisen, dass Bemühungen, bevorrechtigte Arbeitnehmer zu gewinnen, über einen angemessenen Zeitraum erfolglos blieben. Dieser Nachweis ist insbesondere durch Erteilung eines Vermittlungsauftrages zu erbringen.

Im Rahmen des Zustimmungsverfahrens zur Ausländerbeschäftigung ist durch die Bundesagentur für Arbeit eine Arbeitsmarktprüfung durchzuführen. Die Dauer der Prüffrist richtet sich nach den Erfordernissen des jeweiligen Einzelfalls. Als Ergebnis der Arbeitsmarktprüfung wird festgestellt, inwieweit für die Beschäftigung bevorrechtigte Arbeitnehmer zur Verfügung stehen sowie die Arbeitsbedingungen vergleichbar mit der Beschäftigung deutscher Arbeitnehmer sind.

Im Interesse einer reibungslosen Bearbeitung werden Sie um Abgabe vollständiger umseitiger Angaben gebeten. Sofern die „sonstigen erforderlichen Angaben“ keine Eintragungen enthalten, werden die entsprechenden Fragen bei der Durchführung des Zustimmungsverfahrens mit „nein“ bewertet. Diese ausgefüllte Anlage ist durch den Antragsteller bei der zuständigen Ausländerbehörde einzureichen.

Abschließender Hinweis:

Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 39 Abs. 1 AufenthG einen Ausländer ohne erforderliche Zustimmung gegenüber der Ausländerbehörde beschäftigt bzw. entgegen § 39 Abs. 2 S. 3 AufenthG eine Auskunft nicht richtig erteilt. Derartige Ordnungswidrigkeiten können jeweils mit Geldbuße geahndet werden.